

Herr Hannes Püschel

nicht teilgenommen

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Wolfgang Cornelius

CDU

nicht teilgenommen

sachkundige Einwohner

Herr Jan Hanisch

DIE LINKE

entschuldigt

Herr Dr. Timo Jacob

DIE LINKE

entschuldigt

Herr Kai Weber

SPD

entschuldigt

Gäste:

Herr Goetzmann (Stadtplanung und Stadterneuerung)

Herr Wolfram (Stadtentwicklung-Verkehrsentwicklung)

Frau Holtkamp (Verbindliche Bauleitplanung)

Frau Engelbrecht (Stadterneuerung)

Herr Preißler (Steuerung-Service)

Herr Weise (Geschäftsstelle Bauen)

Herr Müller-Zinsius (Sanierungsträger Potsdam zum TOP 5)

Herr Terfort (Ingenieurbüro zum TOP 5)

Frau Dr. Chwolik-Lanfermann (INTIATIVE BREITE STRASSE c/o Freies Tor – Bürgerverein Potsdamer Innenstadt e.V. zu den TOP's 3.15 und 3.16)

Herr Dr. Panzer (zu TOP 6)

Niederschrift

Frau Kropp

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 13.11.2012 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung

- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

- 3.1 Masterplan für den Potsdamer Norden (Wiedervorlage)
Vorlage: 12/SVV/0469
Fraktion DIE LINKE
alle OBR

- 3.2 Ortsüblicher Ausbau der Lindstedter Straße (Wiedervorlage)

Vorlage: 12/SVV/0602
Fraktion DIE LINKE
auch OBR Eiche

- 3.3 Richtlinie zur Kostenbeteiligung bei der Baulandentwicklung (Wiedervorlage)
Vorlage: 12/SVV/0703
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 3.4 Bebauungsplan Nr. 34-2 "Katharinenholzstraße / Amundsenstraße",
Satzungsbeschluss
Vorlage: 12/SVV/0697
Oberbürgermeister, Stadtplanung und Stadterneuerung
SB (ff)
- 3.5 Bebauungsplan Nr. 34-3 "Nördlich Katharinenholzstraße"
Aufstellungsbeschluss sowie Beschluss zur Herauslösung aus dem
Geltungsbereich des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans Nr. 34
"Katharinenholzstraße / Ribbeckstraße"
Vorlage: 12/SVV/0670
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
SB (ff)
- 3.6 Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan SAN - B 07 "Babelsberg Nord"
und für die Gestaltungssatzung "Babelsberg Nord"
Vorlage: 12/SVV/0700
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 3.7 Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan SAN - B 08 "Babelsberg Süd"
und für die Gestaltungssatzung "Babelsberg Süd"
Vorlage: 12/SVV/0701
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 3.8 Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 136 "Zeppelinstraße"
Vorlage: 12/SVV/0671
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 3.9 Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Potsdam (1. Lesung)
Vorlage: 12/SVV/0696
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
SB (ff)
alle OBR
- 3.10 Bebauungsplan Nr. 132 "Am Friedhof" (OT Fahrland) Aufstellungsbeschluss
Vorlage: 12/SVV/0704
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

SB (ff)
auch OBR Fahrland

- 3.11 Langer Stall
Vorlage: 12/SVV/0611
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
mit der neuen Fassung zurücküberwiesen

- 3.12 Aufhebung von Aufstellungsbeschlüssen und weiteren Beschlüssen im
Verfahren zu Bauleitplänen der Verbindlichen Bauleitplanung
Vorlage: 12/SVV/0635
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
überwiesen auch in die betroffenen OBR

- 3.13 Kunsthalle
Vorlage: 12/SVV/0653
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
SB (ff)

- 3.14 Potsdamer Solarsatzung
Vorlage: 12/SVV/0655
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
SB (ff)

- 3.15 Gestaltungskonzept Breite Straße
Vorlage: 12/SVV/0712
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FDP
mit Äa Fraktion SPD

- 3.16 Masterplan für die Breite Straße
Vorlage: 12/SVV/0731
Fraktion CDU/ANW

- 3.17 Eckwertebeschluss für die Planung der Haushaltsjahre 2013/2014
Vorlage: 12/SVV/0732
Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen

- 3.18 Baumerhalt als Planungsprämisse
Vorlage: 12/SVV/0736
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
SB (ff)

- 3.19 Nahverkehrsplan 2012 - 2018 der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 12/SVV/0751
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
SB (ff)
auch in alle OBR

- 3.20 Information über die Situation am Wohnungsmarkt der Landeshauptstadt
Potsdam 2011 (Wohnungsmarktbericht 2012)
Vorlage: 12/SVV/0707
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
- 3.21 Uferweg Speicherstadt
Vorlage: 12/SVV/0687
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
 - 4.1 BE zur Auslobung Wettbewerb Brauhausberg
FB Stadtplanung und Stadterneuerung
 - 4.2 Information über den B-Plan-Entwurf Nr. 80.2, 1. Änderung "Rote Kaserne
West-nördlich Esplanade" vor der Auslegung (Standortsicherung weiterführende
Schule im Bornstedter Feld)
FB Stadtplanung und Stadterneuerung
 - 4.3 Verständigung zur Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 11.10.2012
bis 24.10.2012 und vom 25.10.2012 bis 07.11.2012 sowie Beantwortung der
Nachfragen aus der Sitzung 30.10.2012
 - 4.4 Berichterstattung zum Bauvorhaben Radverkehrskonzept, Route B, vom
Urnfeld bis Kuhforter Damm, Ergebnis der Anhörung
FB Grün- und Verkehrsflächen
- 5 BE zum 4. Bauabschnitt Landtagsumfeld/Breite Straße

Nichtöffentlicher Teil

- 6 Bericht über das Ergebnis der Ausschreibung zum Verkauf des Grundstücks
"Alte Post" gemäß Beschluss 11/SVV/0033
Vorlage: 12/SVV/0709
Oberbürgermeister

- 7 Grundstücksverkauf aus dem Treuhandvermögen der Sanierungsträger
Potsdam GmbH Grundstück im Sanierungsgebiet "Schiffbauergasse"
Vorlage: 12/SVV/0699
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
SB (ff)
- 8 Wiedergewinnung der Potsdamer Mitte, Handlungsoptionen für das Grundstück
"Hotel Mercure"
Vorlage: 12/SVV/0784
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 13.11.2012 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen vom 13.11.2012 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit 8 Ja-Stimmen, bei 1 Stimmenthaltung bestätigt.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung informiert der Ausschussvorsitzende, dass heute Nachmittag eine Pressekonferenz zum 4. Bauabschnitt Landtagsumfeld/Breie Straße durchgeführt worden ist. Die Verwaltung hat gebeten, vor Eintritt in die heutige Tagesordnung auch im SB-Ausschuss informieren zu dürfen, um auch den Ausschussmitgliedern den gleichen Kenntnisstand vermitteln zu können.

Rederechte sind durch Frau Chwolik-Lanfermann zu den TOP'en 3.14 und 3.16 sowie im nicht öffentlichen Teil durch Herrn Panzer zum TOP 6 beantragt worden.

Aufgrund der umfangreichen Tagesordnung schlägt der Ausschussvorsitzende vor, den nicht öffentlichen Teil spätestens um 21.45 Uhr zu beginnen, unabhängig davon wie weit man im öffentlichen Teil gekommen ist. Herr Krause bittet den n.ö. Teil bereits um 21.30 Uhr zu beginnen.

Frau Hüneke informiert, dass der Antrag 12/SVV/0655 im KOUL-Ausschuss beraten und zurück gestellt worden ist. Um rechtliche Rahmenbedingungen etc. klären zu können, bittet sie den Antrag auch im SB-Ausschuss nochmals

zurückzustellen.

Die entsprechend veränderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

zu 5 BE zum 4. Bauabschnitt Landtagsumfeld/Breite Straße

Herr Klipp informiert über den vorgesehenen Ausbau des östlichen Teiles der Breiten Straße. Dies betrifft den Abschnitt von der Schloßstraße bis zur Dortustraße. Bauherr ist der Sanierungsträger Potsdam. Die Planung selbst gibt es bereits seit 2010, jedoch musste die Maßnahme aufgrund Wegfalls des Hauptstadtvertrages verschoben werden. Jetzt stehen diese Mittel zur Verfügung so dass der Baubeginn für März 2013 geplant ist.

Herr Müller-Zinsius (Sanierungsträger Potsdam) erläutert das Vorhaben anhand einer Präsentation (sh. Anlage). Die geplante Bauzeit beträgt 9 Monate. Herr Terfort (Ingenieurbüro) informiert zur Verkehrslogistik, zum Bauablauf und zur Verkehrsführung.

Frau Hüneke nimmt Bezug auf den Ergänzungsantrag der SPD zur Drucksache 12/SVV/0712 und bittet diesen Bereich mit einzubeziehen. Bzgl. der heute vorgestellten Planung spricht sie die fehlende Symmetrie an.

Zur Rückfrage von Herrn Heuer in wie weit die Abstimmung mit den Anliegern erfolgt ist, antwortet Herr Müller-Zinsius, dass es sich hier um eine geringe Zahl von Anliegern handelt. Mit allen (Spielbank, IHK und Studentenwerk) ist über die Maßnahmen gesprochen worden. Im März ist es vorgesehen auch mit den Anwohnern Ecke Breite Straße/Dortustraße zu sprechen bzw. zu einer gesonderten Anwohnerversammlung einzuladen. Der Hinweis von Herrn Heuer auf Einbeziehung der Fahrradhandlung wird aufgenommen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen nimmt die Information zur Kenntnis.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Masterplan für den Potsdamer Norden (Wiedervorlage)

Vorlage: 12/SVV/0469

Fraktion DIE LINKE

alle OBR

Herr Jäkel bringt den Antrag nochmals ein und informiert, dass dieser im Ortsbeirat Eiche mit dem Hinweis, die Entwicklung der zusätzlichen Siedlungsgebiete Eiche/Golm einzubeziehen, der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung empfohlen hat.

Herr Wolfram (Stadtentwicklung-Verkehrsentwicklung) informiert über die Voten aus den anderen Ortsbeiräten.

Der Antrag wird unverändert zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Entwurf eines Masterplanes für den Potsdamer Norden zu erarbeiten. Dabei sind die Bewohner der Ortsteile und Wohngebiete, die Ortsbeiräte und Bürgerinitiativen einzubeziehen. Ziel ist es, eine komplexe Entwicklung des Potsdamer Nordens zu sichern. Der Entwurf des Masterplanes ist im September 2013 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmhaltung:	3

zu 3.2 Ortsüblicher Ausbau der Lindstedter Straße (Wiedervorlage)

Vorlage: 12/SVV/0602

Fraktion DIE LINKE

auch OBR Eiche

Herr Jäkel berichtet, dass der Ortsbeirat Eiche nach gründlicher mehrmonatiger Beratung einstimmig den Beschluss gefasst hat, keine Straßenbahnführung zuzulassen, die die Ortslage Eiche durchschneidet und auch keine weiteren Untersuchungen zu einer Trasse quer durch Eiche durchzuführen, weil diese unverträglich und nicht gewollt ist (sh. Willensbekundung des OBR Eiche für die Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplanes Potsdam Nr. 11/OBR/0127 des vom 25.08.2011). Weiterhin hat der Ortsbeirat festgestellt, dass insbesondere die ärgerlich lange anhaltende Debatte zur Führung einer Straßenbahn durch Eiche, für die überhaupt keine Finanzierung in den nächsten 15 Jahren denkbar ist, die Bewohner der Lindstedter Straße und anderer betroffener Gebiete in beträchtlichem Maße verärgert und sie behindert, investive Maßnahmen auf ihren Grundstücken zu erledigen, weil ihnen die langfristige Planungssicherheit fehlt. Für die Konzeptbearbeitung der Stadt wird es als völlig ausreichend angesehen, den Busverkehr beizubehalten, optional eine Heranführung einer Straßenbahn ans Neue Palais, Studentenwohnheim zu prüfen.

Herr Jäkel bringt folgende geänderte Fassung ein:

"Die STVV möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Anliegern der Lindstedter Straße im Ortsteil Eiche mitzuteilen, dass die Planungen zum Bau einer Straßenbahntrasse durch die Lindstedter Straße nicht weiter verfolgt werden.

Darüber hinaus wird er beauftragt, im März 2013 einen Ausbau der Straße in ortsüblicher Ausführungsform mit Fahrbahn plus Gehweg zur Anhörung zu bringen."

Herr Klipp merkt an, dass es sich hier nicht um eine akute Gefahrenstelle handelt. Investiv wird in der Lindstedter Straße in den nächsten Jahren, einschließlich 2016/17 nichts gemacht werden.

In diesem Zusammenhang erinnert Herr Klipp an die Verständigung auf das Kontrollscenario zum Stadtentwicklungskonzept Verkehr. Der Ausbau der Lindstedter Straße unter Verzicht auf die TRAM wäre ein Vorgriff auf die Entscheidung zum STEK Verkehr. Er bittet den Antragsteller, die Vorlage zurück zu stellen, bis die Beschlussvorlage zum STEK Verkehr vorgelegt wird.

Herr Jäkel verweist auf die Zusage der Anlieger die Finanzierung der Ausbaumaßnahme (ohne Straßenbahntrasse) übernehmen zu wollen. Umfangreiche Beratung dieser Thematik ist erfolgt, dass der Antrag heute abgestimmt werden sollte.

zu 3.3 Richtlinie zur Kostenbeteiligung bei der Baulandentwicklung (Wiedervorlage)

Vorlage: 12/SVV/0703

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Goetzmann (Stadtplanung und Stadterneuerung) informiert, welche Bebauungspläne zum Stichtag betroffen wären (Tabelle – sh. Anlage). Da der Finanzausschuss zu dieser Vorlage noch nicht votiert hat, ist davon auszugehen, dass der Hauptausschuss morgen den TOP zurück stellen wird.

Herr Teuteberg erinnert an seine Frage aus der vergangenen Sitzung nach der Höhe der erwarteten Einnahmen und des bürokratischen Aufwandes.

Herr Goetzmann teilt mit, dass die jeweiligen spezifischen Einnahmen abhängig von den Inhalten der jeweiligen Bebauungsplanverfahren sind und der Prüfung, ob Plätze für Kitas und Grundschulen in diesem Bereich fehlen. Er betont nochmals, dass hier keine Abgaben für den allgemeinen Haushalt erfolgen, sondern es sich um zweckgebundene Investitionen handelt, die die Stadt an dieser Stelle tätigen muss (Nachweispflicht). Auch der Aufwand ist vom einzelnen Verfahren abhängig. Bei Verfahren mit einem größeren Träger wird im Regelfall für die Erarbeitung des städtebaulichen Vertrages ein Personentag benötigt. Wesentlich aufwändiger ist es in einem Bereich, wie z.B. Nördlich in der Feldmark mit ca. 20 Eigentümern. Hier muss mit allen Eigentümern ein Vertrag abgeschlossen werden, welcher erheblich mehr an Verhandlungsaufwand bindet. Dies betrifft ca. 1 von 8 Planverfahren. Die Höhe der Kostenbeteiligung dürfte aber in der Regel deutlich über den Kosten des Personalaufwandes liegen.

Herr Krause hinterfragt einzelne Punkte der Richtlinie bzw. unterbreitet Vorschläge zur Änderung.

Herr Goetzmann informiert,

- Satzungen nach § 34 BauGB können aufgenommen werden, sie haben eine ähnliche Wirkung wie Bebauungspläne.
- Planersetzende städtebauliche Vereinbarungen gibt es nicht, dieses sollte nicht aufgenommen werden.

- Einzelfallsituationen sollten nicht in der Richtlinie untergebracht werden.
- Die Entscheidung, ob ein Planerfordernis besteht oder nicht, wird durch die STVV getroffen.
- Der Empfehlung, den Begriff Vorhabenträger durch Planungsbegünstigter zu ersetzen, wird durch Verwaltung gefolgt.
- Bei den freien Trägern ist zwischen Kindertagesstätten und Schulen zu unterscheiden. Da es bei Kindertagesstätten nur Einrichtungen freier Träger gibt, werden dort sowohl besetzte Plätze als auch Kapazitäten und damit auch etwaige freie Plätze berücksichtigt. Anders stellt es sich bei den Grundschulen dar. Die belegten Schulplätze der Freien Schulen müssen zwar in die Betrachtung aufgenommen werden, sonst würden ein Fünftel der Grundschüler aus der Betrachtung ausgeklammert. Es ist aber beabsichtigt, die heute auch besetzten Plätze freier Schulen statisch einzubeziehen, da die Stadt keine Erkenntnisse über freie Plätze an diesen Schulen hat. Im Gegensatz dazu wird bei öffentlichen Grundschulen wie bei den Kindertagesstätten mit belegten Plätzen, der Kapazität und freien Plätzen gerechnet. Dieses könne in der Begründung noch deutlicher formuliert werden. Eine konkrete Erläuterung erfolgt mit der Vorlage der Kapazitätsberechnung.

Herr Jäkel verweist auf jetzt schon hohe Wohnkosten. Mit der Richtlinie wird es eine weitere Erhöhung geben. Er kündigt an, der Vorlage nicht zuzustimmen.

Herr Klipp macht deutlich, dass durchaus davon auszugehen ist, dass die entsprechenden Beiträge über den Kaufpreis bzw. die Mieten umgelegt werden.

Herr Heuer stimmt zu und verweist darauf, dass für den Beitrag auch eine entsprechende Leistung erfolgt.

Herr Teuteberg hält die Kosten-Nutzen-Abwägung für unzureichend dargestellt. Aussagen zur Belastung des städtischen Haushaltes bzw. für etwaige Gerichtsverfahren sind nicht erkennbar. Er erwartet im Vorfeld konkrete Angaben zur Höhe der Kosten.

Herr Heuer kündigt an 3 Vorschläge zu unterbreiten und diese im Vorfeld der STVV mit der Verwaltung abzustimmen.

Die unveränderte Vorlage wird zu Abstimmung gestellt. Die Fraktionen werden gebeten, die Änderungen der Verwaltung zu übermitteln.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Richtlinie zur Kostenbeteiligung bei der Baulandentwicklung ist im Rahmen der Bauleitplanung anzuwenden.

2. Die Annahmen und die Auswirkungen der Richtlinie sind nach zwei Jahren zu evaluieren.
3. Sobald vom Land Brandenburg Programme zur Förderung im Bereich Mietwohnungsneubau aufgelegt werden, ist zu prüfen, ob Investoren in einem zu bestimmenden Umfang zur Inanspruchnahme dieser Förderung verpflichtet werden können und wie dieses in die Richtlinie aufgenommen werden kann.

(einschließlich noch abzustimmenden redaktionellen Änderungen in der Richtlinie selbst)

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	2
Stimmhaltung:	2

**zu 3.4 Bebauungsplan Nr. 34-2 "Katharinenholzstraße / Amundsenstraße",
Satzungsbeschluss**

Vorlage: 12/SVV/0697

Oberbürgermeister, Stadtplanung und Stadterneuerung
SB (ff)

Herr Pfrogner erklärt sich zu diesem TOP befangen und wird seine Mitwirkung als sachkundiger Einwohner im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen bei diesem TOP ruhen lassen.

Frau Holtkamp (Verbindliche Bauleitplanung) bringt die Vorlage ein.

Herr Wiggert spricht die Anbindung der Straße an die Potsdamer Straße an und erkundigt sich nach dem Verbleib des an der Potsdamer Straße, östlich der Planstraße B stehenden Hauses.

Frau Holtkamp informiert, dass das Haus erhalten bleibt, und von der Potsdamer Straße aus in die Planstraße B eine Ein- oder Ausfahrt nur für Rettungsfahrzeuge möglich ist.

Die Versicherung von Frau Holtkamp, dass kein zusätzlicher Verkehr in die Planstraße B erfolgen kann, bittet Herr Wiggert im Protokoll festzuhalten.

Die Vorlage Form wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Im Rahmen der Abwägung gemäß § 1 Abs. 7 BauGB wird über die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Öffentlichkeit zum Bebauungsplan Nr. 34-2 "Katharinenholzstraße / Amundsenstraße" entschieden (siehe Anlagen 1 und 2).
2. Der Bebauungsplan Nr. 34-2 "Katharinenholzstraße / Amundsenstraße" wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen, die dazugehörige Begründung wird gebilligt (siehe Anlagen 3 und 4).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

**zu 3.5 Bebauungsplan Nr. 34-3 "Nördlich Katharinenholzstraße"
Aufstellungsbeschluss sowie Beschluss zur Herauslösung aus dem
Geltungsbereich des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans Nr. 34
"Katharinenholzstraße / Ribbeckstraße"**

Vorlage: 12/SVV/0670

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
SB (ff)

Frau Holtkamp (Verbindliche Bauleitplanung) bringt die Vorlage ein.

Herr Wiggert fragt nach der Überschneidung des Bebauungsplangebiets mit dem Baufeld Semmelhaack.

Herr Goetzmann (Stadtplanung und Stadterneuerung) zeigt anhand der Karte, dass die östliche Plangebietsgrenze identisch mit der westlichen Geltungsbereichsgrenze des Bebauungsplans „Ribbeckstraße/Blumenstraße“ ist. Die Erschließung unter Nutzung ausschließlich der westlichen Anbindung der Katharinenholzstraße wurde mit Beschluss über die Rahmenplanung um 2004 festgelegt mit der Maßgabe diese in weiteren Aufstellungsbeschlüssen einzuhalten.

Die Vorlage wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Bebauungsplan Nr. 34-3 "Nördlich Katharinenholzstraße" ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB aufzustellen (siehe Anlage).
2. Der Bebauungsplan Nr. 34-3 "Nördlich Katharinenholzstraße" in seinen

Geltungsbereichsgrenzen ist gemäß § 1 Abs. 8 BauGB aus dem räumlichen Geltungsbereich des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans Nr. 34 "Katharinenholzstraße / Ribbeckstraße" herauszulösen (siehe Anlage).

3. Die Festlegung der Priorität entsprechend dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Vereinbarung von Prioritäten für die verbindliche Bauleitplanung vom 07.03.2011 (DS 01/059/2) und nachfolgender Aktualisierung soll für den Bebauungsplan Nr. 34-3 "Nördlich Katharinenholzstraße" erst im weiteren Aufstellungsverfahren bestimmt werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	8
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 3.6 Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan SAN - B 07 "Babelsberg Nord" und für die Gestaltungssatzung "Babelsberg Nord"

Vorlage: 12/SVV/0700

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Claussen (Stadterneuerung) bringt die Vorlage SAN B 07 zusammen mit der Vorlage SAN B 08 ein und weist in Bezug auf die Vorlage SAN B 08 auf die bereits zur letzten Sitzung ausgereichten Austauschblätter, welche folgende Änderungen enthält:

Zusätzlicher Absatz in der Begründung über der Planzeichnung

" Der Geltungsbereich des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. 133 „Großbeerenstraße“ (DS 11/SVV/0909) wird im weiteren Verfahren so angepasst, dass er sich nicht mit dem Geltungsbereich des Bebauungsplanes SAN B 08 überschneidet."

Sowie Ergänzung im Absatz Planungsziele B-Plan auf S. 2 der Begründung

" Die Planungsziele des Bebauungsplans Nr. 133 "Großbeerenstraße" (Einzelhandelssteuerung) sind in den Bebauungsplan SAN – B 08 zu übernehmen."

Auf verschiedene Rückfragen der Ausschussmitglieder gehen Herr Claussen und Herr Goetzmann ein.

Die Vorlage 12/SVV/0700 wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Bebauungsplan SAN B 07 „Babelsberg Nord“ ist in einem vereinfachten Verfahren gemäß § 2 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 13 Abs. 1 BauGB als einfacher Bebauungsplan aufzustellen.

Der Bebauungsplan SAN B 07 umfasst das Sanierungsgebiet Babelsberg Nord.

und

Für das Sanierungsgebiet Babelsberg Nord ist eine Gestaltungssatzung gemäß § 81 Abs. 1 der BbgBO aufzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	9
Ablehnung:	0
Stimmhaltung:	0

zu 3.7 Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan SAN - B 08 "Babelsberg Süd" und für die Gestaltungssatzung "Babelsberg Süd"

Vorlage: 12/SVV/0701

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Sh. TOP 3.6

Die Vorlage 12/SVV/0701, mit den redaktionellen Änderungen, wird zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Bebauungsplan SAN B 08 „Babelsberg Süd“ ist in einem vereinfachten Verfahren gemäß § 2 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 13 Abs. 1 BauGB als einfacher Bebauungsplan aufzustellen.

und

Für das Sanierungsgebiet Babelsberg Süd ist eine Gestaltungssatzung gemäß § 81 Abs. 1 der BbgBO aufzustellen.

(einschl. der redaktionellen Änderungen sh. TOP 3.6)

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	9
Ablehnung:	0
Stimmhaltung:	0

zu 3.8 Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 136 "Zeppelinstraße"

Vorlage: 12/SVV/0671

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Frau Holtkamp (Verbindliche Bauleitplanung) bringt die Vorlage ein.

Zur Nachfrage von Herrn Pfrogner bzgl. des Umgangs mit den vorhandenen Einzelhandelseinrichtungen, informiert Herr Goetzmann, dass es sich hier um einen zentralen Versorgungsbereich handelt, der entsprechend zu berücksichtigen ist, d.h. in der Zulässigkeit Bestandsschutz genießt.

Die Vorlage wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Bebauungsplan Nr. 136 "Zeppelinstraße" ist als einfacher Bebauungsplan gemäß § 9 Abs. 2a i. V. m. § 2 Abs. 1 BauGB im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 BauGB aufzustellen (s. Anlage 1).
2. Die erforderliche Prioritätenfestlegung zu diesem Planverfahren soll erst im weiteren Verfahren erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

zu 3.9 Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 12/SVV/0696

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
SB (ff)
alle OBR

Herr Goetzmann (Stadtplanung und Stadterneuerung) erinnert an den Diskussionsstand 2011 vor der 4. Auslegung und bringt die Vorlage ein. Die 4. Öffentliche Auslegung ist jetzt durchgeführt worden, ausschließlich die Änderung im Bereich Kirchsteigfeld Süd betreffend.

Herr Klipp ergänzt, dass sich Veränderungen in der Darstellung von Wald- od. Grünflächen zu Bauflächen nur auf 174 Hektar ergeben; dies entspricht 1 % der Gesamtfläche Potsdams bei einem Einwohnerwachstum um 20. % und einem noch stärkeren Wachstum der Arbeitsplätze. Bei vielen Teilflächen davon handelt es sich wiederum nur um Darstellungssystematik, nicht um tatsächliche Umwandlung von Wald- und Grünflächen. Die 2. Lesung ist für die Januar-Sitzung 2013 vorgesehen, wenn voraussichtlich alle Voten der Ortsbeiräte vorliegen.

Herr Jäkel informiert, dass der KOUL-Ausschuss bereits seine Empfehlung zur Beschlussfassung abgegeben hat und auch er könne der Vorlage heute

zustimmen.

Herr Lehmann schließt sich dem Vorschlag an.

Wegen noch offener Fragen sagt Herr Goetzmann zu, sich mit Frau Hüneke bilateral zu verständigen.

Der SB-Ausschuss verständigt sich dahingehen, das Votum bereits heute – vorbehaltlich der Zustimmung der Ortsbeiräte – abzugeben.

Die Vorlage wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung vorbehaltlich der Zustimmung der Ortsbeiräte zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Abwägung über die Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Flächennutzungsplan-Entwurf (Stand: 07.03.2012) wird gebilligt (Anlage 1).
2. Die Bevölkerungszahl wird entsprechend der aktuellen Prognose der Stadt in der Begründung zum Flächennutzungsplan angepasst.
3. Der gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB) aufzustellende Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Potsdam mit Begründung und Umweltbericht wird beschlossen (Anlage 2).
4. Der parallel mit dem Flächennutzungsplan aufgestellte Landschaftsplan wird zur Kenntnis genommen. In weiteren Planungen und Verwaltungsverfahren sind die im Landschaftsplan für die örtliche Ebene konkretisierten Ziele, Erfordernisse und Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu berücksichtigen (Anlage 3).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	8
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

**zu 3.10 Bebauungsplan Nr. 132 "Am Friedhof" (OT Fahrland)
Aufstellungsbeschluss**

Vorlage: 12/SVV/0704

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

SB (ff)

auch OBR Fahrland

Frau Holtkamp (Verbindliche Bauleitplanung) bringt die Vorlage ein und informiert, dass diese im KOUL-Ausschuss mehrheitlich befürwortet worden ist. Aus dem Ortsbeirat Fahrland ist übermittelt worden, dass "der nördliche Teil der Planstraße C" als Wirtschaftsweg bis zum Friedhofsgrundstück verlängert werden soll, um eine 2. Zuwegung (Friedhofsgärtner) zu schaffen."

Frau Holtkamp erläutert dies anhand der Karte und erklärt, dass im weiteren Planverfahren eine geeignete 2. Zuwegung für den Friedhof geprüft werden wird.

Die Vorlage wird einschl. der Berücksichtigung des Hinweises aus dem Ortsbeirat Fahrland zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen

1. Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 132 "Am Friedhof" (OT Fahrland) gemäß § 2 Abs. 1 BauGB (siehe auch Anlage 1).
2. Für die Erarbeitung des Bebauungsplans ist beiliegendes städtebauliches Konzept zugrunde zu legen (siehe Anlage 2).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	9
Ablehnung:	0
Stimmhaltung:	0

zu 3.11

Langer Stall

Vorlage: 12/SVV/0611

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
mit der neuen Fassung zurücküberwiesen

Herr Kühn erklärt sich zu diesem TOP befähigen und wird seine Mitwirkung als sachkundiger Einwohner im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen bei diesem TOP ruhen lassen.

Frau Hüneke bringt die neue Fassung ein. Sie möchte mit dem Antrag anregen, die drei ersten Entwürfe nochmals anzusehen, insbesondere zur Innenbebauung, und eine zweite Wettbewerbsrunde durchzuführen.

Frau Engelbrecht (Stadterneuerung) geht auf den Antragsinhalt ein. Der 1. Absatz des Antrages beinhaltet einen Prüfauftrag. Die Prüfung ist bereits erfolgt. Für das im nördlichen Teil befindliche private Grundstück ist bereits die Genehmigungsfähigkeit vorhanden. Den Bauvorbescheid und die Genehmigungsfähigkeit nach § 34 BauGB gab es bereits vor dem Wettbewerb.

Trotz der Genehmigungsfähigkeit konnte der private Grundstückseigentümer für eine Wettbewerbsdurchführung gewonnen werden. Ein endgültiges Wettbewerbsergebnis hat die Jury getroffen und der Bauherr möchte dieses Wettbewerbsergebnis jetzt umsetzen. Aus diesem Grunde hat er sofort einen Bauvorbescheid eingereicht; dieser wurde am 19.11.2012 beschieden, da er allen Vorgaben entsprochen hat.

Bzgl. des Wettbewerbsergebnisses macht Frau Engelbrecht aufmerksam, dass dieses eindeutig war. Es gab einen ersten Preis, einen zweiten Preis und zwei dritte Preise. Es besteht keine Notwendigkeit eine zweite Stufe durchzuführen. Der nördliche Abschnitt wird entsprechend des Wettbewerbsergebnisses umgesetzt.

Herr Teuteberg stellt dar, dass sich der erste Absatz des Antrages erledigt hat und der zweite Absatz nur noch abgestimmt werden kann als Apell, das Gespräch mit den Grundstückseigentümern nochmals zu suchen.

Herr Dr. Gunold bestätigt die Äußerungen der Verwaltung und berichtet, dass er bei der Jurysitzung und Preisverleihung anwesend war und keine weitere Debatte notwendig sei.

Herr Klipp teilt mit, dass der Grundstückseigentümer sich in der Ausführungsplanung befindet. Bei so einem klaren Wettbewerbsergebnis würde er den Auftrag an den OBM für befremdlich halten. Dies wäre abträglich für die Wettbewerbskultur in Potsdam. Der Bebauungsplan wird zu Ende geführt werden; im Verfahren bestehe die Möglichkeit für den südlichen Teil andere Festsetzungen zu treffen.

Frau Hüneke greift den Hinweis von Herrn Teuteberg auf und streicht den ersten Absatz ihres Antrages.

Herr Goetzmann macht nochmals auf den Ausgangszustand und die bestehende Rechtslage hinsichtlich Baurechtsansprüchen aufmerksam. Das Ergebnis des durchgeführten Wettbewerbes ist baubar und nutzbar, so dass keine Einwirkung auf den Grundstückseigentümer mehr möglich ist.

Herr Klipp informiert zum letzten Satz des Antrages – Finanzierung durch den Sanierungsträger Potsdamer Mitte – dass keine Mittel in der Kosten- und Finanzierungsübersicht des Sanierungsträgers Potsdamer Mitte für eine 2. Stufe des Wettbewerbs enthalten sind. Außerdem gibt es nicht 3 Prämierte, sondern 4. Außerdem fragt er nach, was mit "die im Verfahren geäußerte Kritik" gemeint sei.

Folgende durch die Antragstellerin geänderte Fassung wird zur Abstimmung gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Für den Fall, dass es baurechtlich betrachtet genehmigungsfähig wäre, wird der OBM beauftragt, auf beide Grundstückseigentümer dahingehend einzuwirken,

dass eine zweite Wettbewerbsrunde durchgeführt wird, bei der die drei **vier** prämierten Entwurfsbüros die Möglichkeit der Überarbeitung erhalten. Das Ziel soll darin bestehen, die im Verfahren geäußerte Kritik jeweils bearbeiten zu können, um eine bessere Vereinbarkeit von städtebaulich-architektonischer Qualität und Wirtschaftlichkeit zu erreichen.

Der zweite Teil des Verfahrens soll vom zweiten Grundstückseigentümer, dem Sanierungsträger Potsdamer Mitte, finanziert werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	3
Ablehnung:	4
Stimmenthaltung:	0

Damit empfiehlt der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

zu 3.12 Aufhebung von Aufstellungsbeschlüssen und weiteren Beschlüssen im Verfahren zu Bauleitplänen der Verbindlichen Bauleitplanung

Vorlage: 12/SVV/0635

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
überwiesen auch in die betroffenen OBR

Frau Holtkamp (Verbindliche Bauleitplanung) bringt die Vorlage ein. Sie berichtet, dass die Vorlage auch in die betroffenen Ortsbeiräte überwiesen worden ist. Aus dem Ortsbeirat Golm ist gebeten worden, das Bebauungsplanverfahren 6/94 Großer Plan Am Herzberg BA 2 nicht aufzuheben.

Herr Krause ergänzt, dass der neue B-Plan Nr. 129 "Nördlich in der Feldmark OT Golm" nicht die Ziele des B-Planes Nr. 6/94 abdeckt und deshalb nicht aufgehoben werden darf.

Zur Rückfrage von Herrn Pfrogner hinsichtlich der Sicherung des B-Planes Nr. 63 "Kinderspielfeld Domstraße", informiert Frau Holtkamp, dass die Fläche dem Bereich Grünflächen zugeordnet ist.

Herr Heuer beantragt eine getrennte Abstimmung vorzunehmen.

Es erfolgt die Abstimmung der Vorlage ohne den B-Plan 6/94 -

Abstimmungsergebnis: 9/0/0

Die Abstimmung, ob der B-Plan Nr. 6/94 aufgehoben werden soll, wird mit 2/6/1 abgelehnt.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Aufstellungsbeschlüsse und die weiteren Beschlüsse im jeweiligen Verfahren zu den in der Anlage aufgeführten Bauleitplänen der Verbindlichen Bauleitplanung werden aufgehoben, die zugehörigen Verfahren werden eingestellt.

Der Bebauungsplan Nr. 6/94 Großer Plan Am Herzberg BA 2 (OT Golm) wird aus der Aufstellung der zur Aufhebung vorgeschlagenen Bebauungspläne heraus genommen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	9
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 3.13 Kunsthalle
Vorlage: 12/SVV/0653
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
SB (ff)

Frau Hüneke bringt den Antrag ein.

Herr Goetzmann (Stadtplanung und Stadterneuerung) informiert, dass der Finanzausschuss den Antrag abgelehnt hat. Sollte die STVV dem Antrag folgen, so würde die Prüfung vorgenommen werden, jedoch wäre der im Antrag vorgegebene Zeitrahmen Januar 2013 unrealistisch.

Herr Jäkel erinnert, dass bereits gemachte Vorschläge, wie z.B. in der Speicherstadt nicht mehrheitsfähig waren und auch nicht leistbar.

Herr Teuteberg greift den Antragstext auf. Hier handelt es sich nicht nur um einen Prüfauftrag, sondern auch um die Errichtung und den Betrieb durch die Landeshauptstadt Potsdam. Er sieht dies nicht als Aufgabe der Stadt, so dass er dem Antrag nicht zustimmen wird.

Herr Bachmann erinnert an das bereits vorliegende Prüfergebnis, zu möglichen Standorten für eine Kunsthalle.

Frau Hüneke bittet den Antrag als perspektivischen Ansatz für ein Fernziel zu betrachten.

Herr Pfrogner hält den Antrag hinsichtlich einer langfristigen Stadtentwicklungspolitik für sinnvoll.

Herr Heuer fasst zusammen, dass es bereits eine Standortuntersuchung gibt.

Bzgl. des Aspektes einen Standort als Option vorzuhalten, besteht diese bereits, solange das Mercure steht.

Frau Hüneke stellt den Antrag mit geänderter Terminstellung zur Abstimmung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam nimmt Errichtung und Betrieb einer Kunsthalle in ihre Entwicklungsperspektive auf. Auf einer Fläche von ca. 4.000 m² soll eine ständige Ausstellung zur Kunst des 20. Jahrhunderts in ihren unterschiedlichen Facetten der klassischen Moderne bis zu unterschiedlichen Kunstströmungen in der DDR sowie Raum für Wechsellausstellungen auch der Gegenwartskunst entstehen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Grundstücke der Stadt bzw. der städtischen Gesellschaften bevorzugt im Bereich der Potsdamer Mitte auf ihre Eignung hin zu prüfen und das Ergebnis der Stadtverordnetenversammlung im Januar **April** 2013 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	1
Ablehnung:	6
Stimmenthaltung:	2

Damit empfiehlt der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

zu 3.14 Potsdamer Solarsatzung

Vorlage: 12/SVV/0655

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
SB (ff)

Zurück gestellt – sh. Verständigung zur TO.

zu 3.15 Gestaltungskonzept Breite Straße

Vorlage: 12/SVV/0712

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FDP
mit Äa Fraktion SPD

Frau Dr. Chwolik-Lanfermann (INTIATIVE BREITE STRASSE c/o Freies Tor – Bürgerverein Potsdamer Innenstadt e.V) nimmt das Rederecht wahr. Da es für den Teil der Breiten Straße (von der Dortustraße bis zur Zeppelinstraße) keine Planung gibt, bittet sie die Breite Straße insgesamt zu betrachten. Auch wenn mittelfristig keine finanziellen Mittel vorhanden sind, regt sie an, die Fülle von Vorschlägen in die Betrachtung einzubeziehen.

Frau Hüneke bringt den Antrag ein; die Intention sollte perspektivisch aufgegriffen werden. Den Änderungsantrag der SPD würde sie übernehmen.

Auch Herr Teuteberg als Mit Antragsteller spricht sich dafür aus, einschließlich der Untermauerung mit finanziellen Auswirkungen.

Herr Jäkel spricht sich für ein ergebnisoffenes Herangehen aus.

Herr Klipp verweist auf die kürzlich durchgeführte Haushaltsberatung. Der Handlungsbedarf ist sicher vorhanden, jedoch wird eine Finanzierung im Haushalt 2013/14 nicht unterzubringen sein. Auf die Haushaltssituation habe er auch in seinem Brief an die Bürgerinitiative aufmerksam gemacht. Auch in den Haushaltsjahren bis 2016/17 wird keine Realisierungschance für investive Maßnahmen in der Breiten Straße, westlicher Teil, gesehen.

Der von den 3 Antragstellern DS 12/SVV/0712 übernommene Änderungsantrag der SPD-Fraktion wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Anregungen der INITIATIVE BREITE STRASSE (bestehend aus dem Bürgerverein Potsdamer Innenstadt – Freies Tor -, dem Verein Potsdamer Stadtschloss, der Fördergesellschaft für den Wiederaufbau der Garnisonkirche, dem Naturkundlichen Museumsverein Brandenburg sowie der Bürgerinitiative Mitteschön) zu prüfen
Für **die Breite Straße soll ein Gestaltungskonzept erarbeitet werden, das die gesamte Straßenlänge von der Langen Brücke bis zur Zeppelinstraße umfasst. Eine Teilbeplanung ist im Interesse einer stadtästhetischen Entwicklung zu vermeiden.**

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmhaltung:	2

zu 3.16 Masterplan für die Breite Straße
Vorlage: 12/SVV/0731
Fraktion CDU/ANW

Herr Lehmann bringt den Antrag ein und bittet auch hier um eine komplexere Betrachtung.

Herr Goetzmann (Stadtplanung und Stadterneuerung) macht aufmerksam, dass dieser Antrag einen wesentlich weitergehenden Inhalt habe. Während die Umsetzung des Prüfauftrages 12/SVV/0712 noch aus Bordmitteln möglich ist

(vorbehaltlich der Prioritätensetzung in der Verbindlichen Bauleitplanung mit Zurückstellung der Bearbeitung eines anderen Bauleitplanverfahrens) ist für die Umsetzung des Antrages 12/SVV/0731 auch eine Fachingenieurleistung erforderlich. Diese Finanzierung ist nicht aus Bordmitteln möglich.

Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für die Breite Straße einen Masterplan zu erstellen.

Der Plan soll den Verlauf der Straße von der Langen Brücke bis hin zur Einmündung in die Zeppelinstraße umfassen. Neben den städtebaulichen Aspekten sind auch der angrenzende Landschaftsraum sowie die Verkehrsführung zu berücksichtigen. Ziel muss es sein, die Entwicklung der Breiten Straße in ihrer Gesamtheit zu planen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	1
Ablehnung:	5
Stimmenthaltung:	3

Damit empfiehlt der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

zu 3.17 Eckwertebeschluss für die Planung der Haushaltsjahre 2013/2014

Vorlage: 12/SVV/0732

Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen

Herr Preißler (Steuerung und Service) erläutert die allgemeinen Grundlagen für die detaillierte Haushaltsplanung hinsichtlich der Planwerte, der aktualisierten Plandaten, dem Bericht zu den finanziellen Rahmenbedingungen und daraus abgeleiteten Geschäftsbereichsbudget sowie auf den Bericht 17- Punkte- Paket.

Herr Weise (Geschäftsstelle Bauen) weist insbesondere darauf hin, dass es aufgrund des Zustandes der Straßen und Grünflächen bekanntermaßen Anlass zur Intensivierung der Maßnahmen im Bereich der Unterhaltung und Investitionen zum Abbau des Instandhaltungsrückstaus gibt. Daher habe man sich darauf verständigt, den Aufwand für den Straßenunterhalt mittelfristig bis 2015 um rund 1 Mio. Euro pro Jahr auf rund 4 Mio. Euro pro Jahr zu verstärken. Allerdings steht dies in Abhängigkeit die Erträge als Basis für den Straßenunterhalt zu steigern, sodass gleichzeitig vorgeschlagen wird, die Parkraumgebühr anzuheben.

Herr Klipp weist die Ausschussmitglieder in diesem Zusammenhang auf Punkt 1.14.2 Grün- und Verkehrsflächen des Berichts zum 17- Punkte- Paket (Anlage 4 zur Beschlussvorlage) hin und bittet die Ausschussmitglieder um Unterstützung bezüglich der Beschlussfassung zur Erhöhung der Parkgebühren, damit eine breitere Ertragsbasis für den Straßenunterhalt geschaffen wird.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

zu 3.18 Baumerhalt als Planungsprämisse

Vorlage: 12/SVV/0736

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

SB (ff)

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit auf die nächste Sitzung vertagt.

zu 3.19 Nahverkehrsplan 2012 - 2018 der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 12/SVV/0751

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

SB (ff)

auch in alle OBR

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit auf die nächste Sitzung vertagt.

zu 3.20 Information über die Situation am Wohnungsmarkt der Landeshauptstadt Potsdam 2011 (Wohnungsmarktbericht 2012)

Vorlage: 12/SVV/0707

Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit auf die nächste Sitzung vertagt.

zu 3.21 Uferweg Speicherstadt

Vorlage: 12/SVV/0687

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit auf die nächste Sitzung vertagt.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.3 Verständigung zur Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 11.10.2012 bis 24.10.2012 und vom 25.10.2012 bis 07.11.2012 sowie Beantwortung der Nachfragen aus der Sitzung 30.10.2012

Zur Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 11.10.2012 bis 23.10.2012 erfolgen keine Nachfragen.

Aus der Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 24.10.2012 bis 07.11.2012 wird zu folgenden Vorhaben um Information gebeten:

Lfd. Nr. 11 – Wildeberstr.

lfd. Nr. 9 – Rudolf-Breitscheid-Str. 162A

lfd. Nr. 33 – Am Moosfenn 1

lfd. Nr. 6 – Geschwister-Scholl-Str. 67A

Außerhalb der Liste bittet Frau Hüneke um Info, hinsichtlich von Bauten im denkmalgeschützten Garten der Gutmann-Villa?

Die Vorstellung der v.g. Vorhaben, einschl. der bereits in der Sitzung 30.10.2012 nachgefragten Vorhaben wird in der Sitzung am 11.12.2012 erfolgen.

zu 4.1 BE zur Auslobung Wettbewerb Brauhausberg
FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit auf die nächste Sitzung vertagt.

zu 4.2 Information über den B-Plan-Entwurf Nr. 80.2, 1. Änderung "Rote Kaserne West-nördlich Esplanade" vor der Auslegung (Standortsicherung weiterführende Schule im Bornstedter Feld)
FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit auf die nächste Sitzung vertagt.

zu 4.4 Berichterstattung zum Bauvorhaben Radverkehrskonzept, Route B, vom Urnenfeld bis Kuhforter Damm, Ergebnis der Anhörung
FB Grün- und Verkehrsflächen

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit auf die nächste Sitzung vertagt.

Neu

Herr Goetzmann (Stadtplanung und Stadterneuerung) erinnert, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag DS 12/SVV/0028 unter dem Stichwort "**Stadtbildpflege**" gestellt hat, welcher bereits mehrfach - allerdings bisher ohne abschließendes Ergebnis - im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen behandelt worden ist.

In der Ausschusssitzung vom 25.09.2012 wurde angeboten, die Tätigkeit der Verwaltung auf dem Gebiet der Gestaltung des öffentlichen Stadtraums in einer separaten Runde mit Vertretern der Fraktionen und des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen darzustellen und mit ihnen über die jeweiligen Ansprüche und die Voraussetzungen für deren Umsetzung zu diskutieren. Herr Goetzmann spricht die Einladung zur Teilnahme an der Veranstaltung am 6.12.2012, um 17.00 Uhr im Haus 1, R. 405 aus.